Norman Birnbaum: Ein Koloss auf tönernen Füßen?*

Prof. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926 in New York, lehrt am Georgetown University Law Center in Washington D.C.

Politiker, Professoren und Publizisten in den Vereinigten Staaten sind nicht gerade für ihre Bescheidenheit bekannt. Unser Land thront, ihrer Meinung nach, auf der Welt wie ein Koloss – und wird es bis in alle Ewigkeit tun. Sie beschreiben unsere Gesellschaft als eine Modellgesellschaft, in der Freiheit, Reichtum, Effizienz und Gerechtigkeit so ausgewogen sind, dass die Idee eines grundsätzlichen Wandels geradezu abwegig erscheint. Während ich dies

* Aus dem Amerikanischen übersetzt von Daniel Enskat.

schreibe, besucht Präsident Clinton Bundesstaaten, in denen Armut vorherrscht. Er schlägt jedoch keineswegs vor, diese verwüsteten Landschaften, die vom Wohlstand links liegen gelassen werden, mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Stattdessen fleht er darum, dass amerikanisches Kapital vermehrt in unsere eigenen Archipele der Unterentwicklung fließen möge.

Was denken die „normalen" Bürger? Sie sind so mit ihrer täglichen Existenz belastet, dass sie kaum zum Denken kommen. Ihnen wird gesagt, sie lebten in einer Gesellschaft, die sowohl Gleichheit als auch individuelle Chancen bietet. Ihre Antwort darauf weist auf ein erhebliches Maß an Skepsis hin: „Vielleicht stimmt es, aber niemand hat uns gefragt." Meinungen werden in den Vereinigten Staaten von den Massenmedien industriell hergestellt. Kritische oder abweichende Ansichten erreichen, wenn überhaupt, äußerst selten die Öffentlichkeit.

Viele Bürger werden mit ihren Zweifeln alleine gelassen. 223 Jahre nach der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ist die Bürgerschaft politikverdrossen geworden. 39 Prozent gingen 1998 bei den Kongresswahlen zur Urne, 50 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 1996. Der Hauptbestandteil des amerikanischen Lebens, die Frage der Klassenzugehörigkeit, der ungleichgewichtige Zugang zu Einkommen, Macht und Wohlstand, steht nicht auf der politischen Agenda. Erörtert werden bestenfalls davon abgeleitete Themen, während normalerweise Ablenkung, Beschönigung und ideologische Betrügerei vorherrschen.

Öffentlichkeit und Politik

Die zwei großen politischen Parteien unterscheiden sich in Bezug auf ihre Wählerschaft voneinander. Schwarze, die Mehrzahl der Katholiken, Spanier, Juden, Gewerkschafter und Frauen wählen die Demokraten. Der Nordosten, der industrielle mittlere Westen und die Westküste sind demokratische Hochburgen. Vorstädter, männliche Weiße und das Gros der Protestanten wählt republikanisch. Die Republikaner sind im Süden und Westen tonangebend. Während die Demokraten in den Bereichen Kultur, internationale Finanzen und Hightech-Industrie Rückhalt finden, stützt sich die Republikanische Partei vor allem auf die Rüstungsindustrie, die Gesundheitsindustrie und auf kleine und mittlere Unternehmen. Auf die Loyalität des amerikanischen Kapitalmarkts kann man sich nicht verlassen. Er ist jederzeit bereit, seine Gegner für kurzfristige Interessen unter einem Geldberg zu begraben.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat des Jahres 2000 könnte Gouverneur George Bush junior aus Texas sein, dessen Slogan „mitfühlender Konservatismus" gefälligen Edelmut wachruft. Allerdings ist es nicht sonderlich mitfühlend, wenn Bush sagt, er wolle die Steuern reduzieren und gleichzeitig die Rüstungsindustrie stärken, da somit wenig bis nichts zur Förderung sozialer Programme übrig bleibt. Sein demokratischer Gegenspieler könnte Vizepräsident Al Gore sein, der einem „praktischen Idealismus" das Wort redet. Das könnte als Kompromissvorschlag an seine Klientel interpretiert werden: Das existierende Sozialsystem bleibt bestehen, sofern es denn nicht zu teuer wird. Beide haben klargemacht, dass die Anliegen ihrer Geldgeber die Eckpfeiler ihrer Politik bilden.

Die Öffentlichkeit weiß genau, dass das Geld für beide Parteien eine zu große Rolle spielt, als dass eine Reform der Wahlkampffinanzierung ernsthaft erwogen würde. Das verstärkt wiederum den ohnehin vorhandenen Zynismus und die Rückzugstendenzen. Jede Partei versucht, die „Mitte" für sich zu gewinnen, ein politisches Gebiet, auf dem sich nichts Grundlegendes verändern lässt. Gleichzeitig liegt viel politische Macht in den Händen des Justizsystems. Sie ist alles andere als politisch neutral und steigert damit den Entfremdungs-

prozess der Bürgerschaft. Die amerikanische Linke hat sich in den Bereichen der bürgerlichen und ökonomischen Rechte sowie in der Umweltpolitik stark auf mitfühlende Richter verlassen. Da es ihr nicht möglich gewesen ist, hier politisch ausreichend zu mobilisieren, sieht sie sich inzwischen richterlichen Feindseligkeiten ausgesetzt.

Gegebenenfalls könnte der Stillstand in der amerikanischen Politik von einer apolitischen Bewegung, von einer Mobilisierung der diversen Unzufriedenheiten durchbrochen werden. Der Präsidentschaftsbewerber der dritten Partei, Ross Perot, hat 1992 und 1996 gute Ergebnisse erzielt. 1998 wurde Jesse Ventura aus Protest zum Gouverneur von Minnesota gewählt, einem Staat mit geradezu sozialdemokratischer Tradition. Eine dritte Partei würde wahrscheinlich die Wut auf die Herrschenden (sowie die Angst und den Hass gegen die Ärmeren) mit einer Ideologie der „Freiheit" und des „Individualismus" verbinden. Das organisierte Kapital wird wenig Probleme haben, sich wieder zu erholen.

Kosten und Nutzen des Wirtschaftsaufschwungs

Momentan wird unsere Nation durch einen sehr umfassenden und sehr ungerecht verteilten Wohlstand eingelullt. Die gut ausgebildeten zwanzig Prozent am oberen Ende der Arbeitspyramide haben ihr Einkommen unverhältnismäßig erhöhen können, wohingegen die zwanzig Prozent am unteren Ende erheblich an Boden verloren haben: Ungleichheiten haben sich in den letzten zwanzig Jahren vermehrt. Die mittleren sechzig Prozent müssen härter arbeiten (längere Arbeitszeiten, weniger Vergünstigungen), um nicht abzurutschen. Das enorme Ausmaß privater Verschuldung wird durch den Börsenboom nicht ausgeglichen. Weniger als die Hälfte der amerikanischen Haushalte besitzt Aktien, und wenn, dann meistens in bescheidenem Umfang im Rahmen von Rentenfonds. Eine ökonomische Rezession würde das Gros der Arbeit prekär werden lassen, denn die staatliche Vorsorge in Bezug auf Arbeitslosengeld ist minimal. Strukturelle ökonomische Veränderungen stellen die intelligente neue Führung unserer Gewerkschaften vor schwierige Probleme.

Als ein Drittel der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert war, hatten wir in vielen industriellen Bereichen einen annehmbaren Sozialvertrag und eine politische Kraft, die unseren Sozialstaat unterstützen wollte. Jetzt arbeitet nur noch ein Sechstel aller Arbeitnehmer in der Produktion. Sechs von zehn Arbeitern sind im Führungs-, Verkaufs- oder Dienstleistungsbereich tätig. Viele diese Arbeitnehmer arbeiten auf Teilzeitbasis oder mit befristeten Arbeitsverträgen. Da nur noch etwa vierzehn Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind (davon mehr als die Hälfte im Staatsdienst), sind die Gewerkschaften in der Defensive. Der Import von Billigprodukten aus Asien und Lateinamerika hemmt das einheimische Preisniveau und nimmt den Gewerkschaften die Druckmittel in der Lohnpolitik. Da Arbeitskraft im Ausland billiger zu haben ist, hat die Privatwirtschaft Teile der Fertigung und der Dienstleistungen ausgelagert. Die anhaltende Immigration sorgt zudem für einen nicht endenden Strom billiger Arbeitskraft, die freilich die Verhandlungsmacht amerikanischer Arbeit weiter reduziert.

Der amerikanische Wohlstand beruht auf der Initiative der Unternehmer, auf dem offenen Zugang zum Arbeitsmarkt und auf gnadenloser Rationalisierung: Probleme der langfristigen ökonomischen Produktivität und des sozialen Zusammenhalts der Nation werden geflissentlich ignoriert. Clintons „Dritter Weg" enthält keinerlei Vorkehrungen, wie die Wirtschaft zu steuern sei (das Blair-Schröder-Papier hört sich im Gegensatz dazu immer noch irgendwie sozialdemokratisch an). Clinton ist ein Baptist, mit anderen Worten: ein Calvinist.

Hat er den Abschnitt im ersten Teil des „Kapitals“ von Marx gelesen, in welchem dieser die Metaphorik des unergründlichen Gottes gebraucht, um die Vorgänge des Marktes zu beschreiben? Abgesehen von den religiösen Grenzen in der amerikanischen Gesellschaft ist der Glaube, die einzige Rettungsmöglichkeit läge im Markt, eine allgemeine Theologie, die ein implizites Korrelat hat. Amerikanische Bürger können sich nicht vorstellen, dass sie ihre Bürgerrechte mit an ihren Arbeitsplatz nehmen können.

Dies ist ein Ergebnis der vorsätzlichen Zerstörung des Solidaritätsgefühls in der amerikanischen Gesellschaft seit Franklin D. Roosevelts „New Deal“. Angesichts der destruktiven Konsequenzen des Marktes ist es schwer zu glauben, dass die liberalen Vereinigten Staaten besser als das sozialdemokratische oder sozialchristliche Europa gerüstet seien, aufkommende Krisen zu meistern. Was hier auf dem Spiel steht, ist mehr als eine Ideologie, es ist die Frage des sozialen Verhaltens.

Das Wort „Gemeinschaft“ wird in der aktuellen amerikanischen Debatte häufig benutzt. Es wird oft in der Bedeutung gebraucht, lokale und nationale Solidarität aufgrund von Klassenzugehörigkeit zu organisieren. An der Spitze des nationalen Bildungssystems stehen exzellente Universitäten, wohingegen von der Mitte abwärts ein miserables Niveau vorherrscht. Die Schulen werden lokal finanziert, was bisweilen zu großen Diskrepanzen der Ausbildungsinvestitionen sogar in ein und demselben Staat führt. Wie die zukünftige Arbeitskraft hier eine Ausbildung erhält, die lebenslanges Lernen ermöglicht, ist unklar. Wie Bürger Vergangenes lernen können, um Gegenwart und Zukunft kritisch begleiten zu können, ist noch unklarer. Die Klagen der Elite, das intellektuelle Niveau unserer Schulen sei zu niedrig, ist personifizierte Heuchelei, denn gerade ihr kommt dieses System zugute.

Ebenso wie bei der Ausbildung wird auch im Gesundheitssektor eine Unterscheidung nach Klassen gemacht. Fast ein Fünftel aller Amerikaner ist nicht versichert bzw. hat eine unzureichende Krankenversicherung. Eine staatliche Subventionierung erhält nur, wer über 65 Jahre alt oder völlig verarmt ist. Das Image der Krankenversicherungen ist überaus schlecht, ihre Einbindung in politische Programme darüber hinaus infolge mangelnder politischer Wahrnehmung und Partizipation begrenzt. Unsere Bürger können sich eine wie auch immer geartete Reorganisation der Gesellschaft nicht vorstellen (Amerikanische Korrespondenten beschreiben das westeuropäische Gesundheitssystem als folkloristischen und veralteten Luxus und als Marotte, ähnlich dem Tragen von Lederhosen in Bayern. Diese gut bezahlten Journalisten erhalten von ihren Verlegern eine passable Krankenversicherung, die frühere Generationen von Journalisten, ebenso wie ihr hohes Gehalt, in harten Arbeitskämpfen erfochten haben). Ein republikanischer Wahlsieg im Jahr 2000 könnte zur Privatisierung der allgemeinen Renten (soziale Sicherheit), des Hauptelements unseres ohnehin begrenzten Sozialstaats, führen. Darüber hinaus würde es wahrscheinlich zu weiteren Kürzungen bei den Senioren kommen, im Gegensatz zu den moderaten Erweiterungsvorschlägen, die Clinton kürzlich in Bezug auf die medizinische Versorgung dieser Altersgruppe gemacht hat.

Lionel Jospin antwortete denjenigen, die gerne hätten, dass er sich der Rhetorik des „Dritten Wegs“ verschreibt: „Wir wollen eine Markt*wirtschaft*, keine Markt*gesellschaft*.“ In den Vereinigten Staaten besteht die Gefahr, dass Markt und Gesellschaft eins werden. Können wir, wenn dies geschieht, noch behaupten, Modell für den Rest der Menschheit zu sein?

Als Marx 1865 an Lincoln schrieb, um ihm zu seiner Wiederwahl zu gratulieren, sah er in den Vereingten Staaten eine Gesellschaft, die sich bezüglich Arbeit und Sklaverei emanzipierte. Eine von Franklin D. Roosevelts „vier Freiheiten“ war die Freiheit des Menschen, keinerlei Not leiden zu müssen, und so schlug er dem Kongress vor, einen „Nachkriegs-Sozialvertrag“ zu verabschieden, der ein Recht auf Beschäftigung enthalten sollte. Clinton

erinnert oft an die Allgemeingültigkeit unseres Menschenrechtsverhaltens, den Erfolg unserer multi-ethnischen und multi-kulturellen Demokratie. Was würde passieren, wenn sich unsere ökonomischen und sozialen Ungleichheiten ausweiten würden? Jetzt schon gibt es den Terror der Randgruppen, gerichtet gegen Asiaten, Schwarze und Juden. Faschisten sowie paranoide Gruppen und Sekten breiten sich überall dort aus, wo Enttäuschte ihren Wunsch nach Rache kultivieren.

Im Prinzip hat Clinton recht: Unsere Hauptaufgabe im 21. Jahrhundert sollte eine globale Verpflichtung zu universellen Staatsangehörigkeitsrichtlinien sein. Die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, Demokratie in der Wirtschaft zu praktizieren, die Weigerung der kapitalistischen Ideologien, eine Ethik nationaler Solidarität zu akzeptieren, die moralische Desorientierung und psychologische Pathologie, die unter der Wohlstandsoberfläche sichtbar werden, erinnern uns an das Sprichwort: Arzt, heile dich selbst!

Es gibt große moralische Ressourcen in unseren demokratischen Traditionen und ein erwähnenswertes intellektuelles Potential in unserem Erbe sozialer Errungenschaften. Die amerikanische soziale Christlichkeit gibt es immer noch. Ein neues Modell der sozialen Rekonstruktion, vergleichbar mit dem „New Deal“ oder der „Great Society“, ist jedoch vorerst auf unbegrenzte Zeit verschoben.